

FDP

Die Liberalen

GR Esslingen

2. Lesung Haushalt 2012

am 21.11.2011

„Ergebnis nachhaltig verbessern“ – dieses Ziel hat der Finanzbürgermeister bei der Einbringung des Haushalts am 17.10. als Überschrift gewählt. Es ist davon auszugehen, dass diese Vorgabe im Gemeinderat mehrheitlich Unterstützung findet. Unterschiedliche Auffassungen gibt es aber sicher hinsichtlich des Weges, der hierzu beschritten werden soll.

Im Folgenden beziehe ich mich auf eine Auswertung der Haushalte 2011 und dem Vergleich mit den Jahren ab 2008 durch die IHK Region Stuttgart. Abweichungen bei absoluten Zahlen mit im Haushalt genannten Zahlen sind dabei auf die Auswertungssystematik zurück zu führen. Auswirkungen auf Schlussfolgerungen und Tendenzen hat das aber keine.

Nach dem Einbruch im HH-Jahr 2008, als die Gesamtsteuereinnahmen je EW von € 1.306 auf € 835 abstürzten, hat sich die Verbesserung der gesamtwirtschaftliche Lage auch auf die positive Entwicklung der Steuereinnahmen ES ausgewirkt: 2011 rd. € 1.110 je EW. Allerdings ist die Zahl der Einwohner auch etwas zurück gegangen, was dem Durchschnittswert zu gute kommt. Der Wert vor der Wirtschafts- u. Finanzkrise ist damit noch längst nicht erreicht. Ausgehend von der letzten Steuerschätzung sollen sich die Werte für 2011 und 2012 aber noch verbessern.

Werden diese Zahlen um Zuweisungen / Umlagen bereinigt (Nettozahlen), ergibt sich folgendes Bild 2008: € 810, 2011: € 875 je EW.

Im gleichen Zeitraum haben sich die Ausgaben je EW so entwickelt:

Personalausgaben	2008: € 510	2011: € 565
Betriebsausgaben	2008: € 399	2011: € 505
Investitionen	2008: € 138	2011: € 284

Die Differenz wurde über Rücklagenentnahmen und Kreditaufnahme finanziert.

Die Verschuldung je EW hat sich wie folgt entwickelt (ohne ausgegliederte Bereiche):
2008: € 25 2011: € 630

Eigenbetriebe (ohne Pflegeeinrichtungen und Krankenhäuser)
2008: € 1.700 2011: € 1.775

insgesamt 2011: € 226 Mio = € 2.460 je EW

Kredite Haushalt 2008: € 2,2 Mio 2011: € 57,6 Mio

Vor diesem Hintergrund war der Haushalt 2012 aufzustellen.
Dieser steht weiter unter dem Zeichen der Konsolidierung (so der OB).

FDP 2. Lesung HH 2012 am 21.11.2011

Konsolidierung kann sich nicht allein darauf beschränken, bestehende Haushaltsansätze zu überprüfen, zu kürzen oder ganz zu streichen sondern muss auch Strukturänderungen mit einbeziehen, und zwar insbesondere dort, wo es wirklich etwas bringt.

Während die Einen die Ausgaben im Wesentlichen als feste Größe ansehen und daraus die Höhe der zu erzielenden Einnahmen ableiten gehen Andere den umgekehrten Weg und versuchen eher die Ausgaben auf die Einnahmen zu begrenzen und den Ausgleich nicht über die Erhöhung von Steuern und Abgaben herbei zu führen. Letzteres kann nur allerletztes Mittel sein. Einer Erhöhung der Grundsteuer werden wir solange nicht zustimmen, bis nicht andere Möglichkeiten ausgeschöpft sind - auch wenn sich dadurch im Entwurf das veranschlagte negative Gesamtergebnis von € - 3.586.896 weiter erhöhen wird.

Eine solche Möglichkeit könnte auch die Neu-Organisation des ÖPNV in der Stadt sein. Nachdem mit der Inbetriebnahme des neuen Busbahnhofs die Gelegenheit besteht, die Linienführung in Esslingen weiter zu optimieren, ist zu prüfen, ob auch im Hinblick auf die bevorstehende Ausschreibungspflicht von Verkehrsleistungen durch eine gemeinsame Betriebsgesellschaft der örtlichen Anbieter in privater Rechtsform (GmbH) nicht Synergieeffekte entstehen, welche zu einer dauerhaften Entlastung des städtischen Haushalts führen. Bestehenden Beschäftigungsverhältnissen könnte dabei Bestandsschutz gewährt werden.

Es wird daher beantragt aufzuzeigen, welche rechtlichen und finanziellen Auswirkungen eine solche Gesellschaft hat.

Die Funktion des SVE als städt. Holding würde dadurch nicht in Frage gestellt.

Durch die bereits beschlossenen Maßnahmen insbesondere im Bereich der Kinderbetreuung und Bildung sowie der übrigen Investitionen steigen die Ausgaben weiterhin schneller als die Einnahmen. Eine weitere Kreditaufnahme auf dann € 62 Mio ist die Folge.

Das Ergebnis der aktuellen Untersuchung der Bertelsmann-Stiftung zeigt, dass die Investitionen in die Bildung offensichtlich Früchte tragen - auch wenn sie weitgehend kreditfinanziert sind - , die „Klugen“ in dieser Republik gehen im Süden in die Schule, also auch in Esslingen.

Nach der Mittelfristigen Finanzplanung beginnt die Haushaltskonsolidierung richtig eigentlich erst ab 2014 ff., wenn

die Nettoneuverschuldung = 0

die umfangreichen Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur umgesetzt

und keine neuen Großprojekte anstehen. Dabei ist dann auch zu prüfen, ob nicht die eine oder andere Maßnahme, für die bereits eine Verpflichtungsermächtigung angesetzt ist, aufgeschoben werden kann.

Auf der Einnahmenseite zeigt der Rückgang des Anteils an der Einkommenssteuer zeigt, dass der Anteil von Personen mit unterdurchschnittlichem Einkommen in Esslingen überdurchschnittlich hoch ist.

Vielleicht liegt dies auch an der restriktiven Baupolitik in dieser Stadt. Ein Umdenken wäre hier vielleicht auch ein Beitrag zur Haushaltskonsolidierung.

FDP 2. Lesung HH 2012 am 21.11.2011

Für den Haushalt 2012 gibt es natürlich auch externe Risiken:

Kreisumlage 38,6 % oder 39,1 %

Auswirkungen der aktuellen Krise im Euro-Raum auf die Steuereinnahmen

Nach dem Gleichstellungsgesetz ist in jeder Dienststelle mit über 100 Beschäftigten eine Gleichstellungsbeauftragte zu bestellen. Es kann daher überhaupt keine Diskussion geben, ob die Stelle der Esslinger „Frauenbeauftragten“ wieder zu besetzen ist oder nicht, allenfalls kann es über den Stellenanteil und die Dotierung unterschiedliche Auffassungen geben. Zu beachten ist auch, dass es seinerzeit bei Einrichtung der Stelle einer Frauenbeauftragten das Gleichstellungsgesetz noch nicht gab. Die inhaltliche Ausgestaltung dieser Stelle bei der Neubesetzung hat nunmehr also die gesetzlichen Vorgaben zu berücksichtigen. Bei Behörden / Verwaltungen mit mehr als 1000 Beschäftigten ist eine Vollzeitstelle sicher gerechtfertigt, um die vielfältigen Aufgaben wahrnehmen zu können. Das wird sicher auch in Esslingen so sein. Wir sehen also keinen Grund, vom bisherigen Stellenumfang abzuweichen, falls die Verwaltung diesen für erforderlich hält.

Die Stadt hat in den letzten Jahren erhebliche Mittel investiert, um an Schulen den Ganztagesbetrieb zu ermöglichen. Dazu gehörte vor allem auch die Einrichtung von Schulmensen dort wo es keine oder nur unzureichende Räumlichkeiten gab. Der Ganztagesbetrieb hat aber auch Auswirkungen an Schulen, die schon vorher über eine Schulmensa verfügten und wo sich wegen der zwischenzeitlich erfolgten Änderungen im Schulbetrieb (auch G 8) Engpässe ergeben. Dazu zählt auch das Georgii-Gymnasium.

Es wird daher beantragt, eine Raum- und Kostenplanung vorzulegen, wie die Schulmensa des Georgii-Gymnasiums erweitert werden kann.

Auf Dauer lässt sich in einer Stadt von der Größe Esslingens die Erlaubnis zum Betrieb von Spielhallen nicht länger so restriktiv wie bisher handhaben. Es ist daher richtig, dass die Verwaltung nach geeigneten Standorten sucht, die eher nicht zentral gelegen sind. Der Absicht, im fußläufigen Umfeld eines beruflichen Schulzentrums einen solchen Standort auszuweisen, ist aber nicht nachvollziehbar. Dies mit der Bündelung von bereits vorhandenen Vergnügungsbetrieben auch anderer Art zu begründen ebenso wenig, da die Zielgruppen weitgehend nicht identisch sein dürften. Wir fordern daher die Verwaltung auf, von dem ins Auge gefassten Standort abzusehen und einen Standort anzubieten, der das Gefährdungspotential für Jugendliche verringert. Der Jugendschutz hat hier absoluten Vorrang.

Die Steigerung der Attraktivität des Gewerbegebiets Neckarwiesen soll durch weitere geeignete Maßnahmen erreicht werden. Weshalb aber weitgehend unter einer Brücke mit einem Aufwand von über € 300.000 ein Platz geschaffen werden soll, verstehen wohl nur die Initiatoren.

FDP 2. Lesung HH 2012 am 21.11.2011

Mit dem genannten Betrag ließe sich in manchen Bereichen der Stadt ein größerer Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger erreichen, z.B. die Ausbesserung von Straßen und Wegen oder die Wiederherstellung der Möglichkeit zur Begehung des Stegs zwischen Behördenzentrum und Frauenkirche. Nächster Schritt wäre dann die vollständige Sanierung des Stegs als geeignetstem Übergang über die Ringstraße in diesem Bereich.

Und bevor Straßen zurück gebaut oder Fahrbahnen verengt werden, sollten vorrangig bestehende Straßen und Brücken in Ordnung gehalten werden.

Es wird beantragt, die Kosten für die Wiederherstellung der Begebarkeit des Stegs aufzuzeigen und darüber hinaus eine konkrete Kostenberechnung für die Sanierung vorzulegen.

In diesem Zusammenhang ist auch die Beleuchtung verschiedener Fußwege anzusprechen. Wenn Abschaltungen dort erfolgen, wo es zumutbare Ausweichmöglichkeiten gibt, ist dies verständlich, wo nicht, sollte sich die Abschaltung auf die Zeit von 0 – 5 Uhr beschränken. Das gilt vor allem für die Fußwege von RSKN nach Mettingen bzw. Obertürkheim.

Das Argument der Energie- u. CO₂-Einsparung erledigt sich von selbst, solange z.B. die Burg die ganze Nacht angestrahlt wird. Dem „hochgesteckten Klimaschutzziel der Stadt Esslingen“ dient dies sicher nicht. Es wird beantragt, zum Vergleich wie bei den Wegen das Einsparpotential bei der Illumination von Gebäuden aufzuzeigen.

Die Kosten für die Unterhaltung der Beleuchtungsanlagen an den Wegen zählen wie die Straßenbeleuchtung zu den originären kommunalen Aufgaben und dienen auch der öffentlichen Sicherheit, die an anderer Stelle immer stark betont wird.

Anträge

1. Welche rechtlichen und finanziellen Auswirkungen hat die Gründung einer gemeinsamen Betriebsgesellschaft der öffentlichen und privaten Verkehrsbetriebe in Esslingen ?
2. Vorschlag anderer Standorte für eine Spielhalle als im fußläufigen Umfeld des Berufsschulzentrums Zell
3. Ermittlung der Kosten für die Wiederherstellung der Begehbarkeit des Stegs zwischen Behördenzentrum und eine konkrete Kostenberechnung für die spätere Sanierung
4. Vorlage einer einer Raum- und Kostenplanung zur Erweiterung der Schulmensa des Georgii - Gymnasiums
5. Ermittlung der Energiekosten und des CO 2 Einsparpotentials bei der Illumination von öffentlichen Gebäuden in der Stadt